



# Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für *Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten*



**Ausgabe 34/2011**

**9. September 2011**

## *Liebe Leserinnen und Leser,*

nach der langen Sommerpause gab es natürlich am Montag zunächst einmal ein herzliches Wiedersehen in meinem Büro mit meinen „Berliner Mädels“. Danach ging es aber gleich los ins dicke politische Getümmel, die Woche war mal wieder richtig anstrengend und hektisch. Aber angesichts der Schlagzeilen um die Euro – Schuldenkrise, sowie den Bundeshaushalt, der in erster Lesung in dieser Woche beraten wurde, war von einem ruhigen Start nach der Sommerpause eh nicht auszugehen. Die Lösung der europäischen Schuldenkrise ist eine große – wenn nicht sogar die größte – Herausforderung, vor der wir im Moment stehen. Ich kann die tiefe Beunruhigung der Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft unserer gemeinsamen Währung sehr gut nachvollziehen, auch wir Politiker machen uns große Sorgen – gleichzeitig arbeitet die Koalition jedoch hart und konsequent an einer tragfähigen Lösung. Einfache Parolen wie bspw. „Griechenland soll doch einfach bankrott gehen“ hören sich zwar gut an, sind aber keine Lösung. Zum einen würde sofort eine riesige Spekulation gegen andere in der Schuldenkrise gefangene Länder losgehen, so nach dem Motto „Wenn Griechenland austritt, werden dies auch andere Länder tun“. Damit könnte ein Dominoeffekt seinen Lauf nehmen, dessen Ergebnis niemand absehen kann. Zum anderen würden die europäischen Banken aufgrund des Ausfalles der griechischen Wertanleihen riesige Verluste machen - ähnlich wie im Fall der Pleite der Lehmann Brother Investmentbank, dem Ausgangspunkt der Finanzkrise von 2008. Diese Konsequenzen wären für die deutsche und europäische Wirtschaft unüberschaubar. Im schlimmsten Falle könnte die Finanzkrise von 2008 nur ein seichter Vorgeschmack im Vergleich zu dem gewesen sein, was uns dann droht. Nur zur Erinnerung: Allein in Deutschland ist

das Wachstum damals um 5 Prozent eingebrochen. Eine persönliche Einschätzung sei mir an dieser Stelle noch erlaubt: Ich bin es leid, permanent irgendwelchen wirklichen oder selbsternannten Experten zu begegnen, die alle erzählen, dass die Politik in puncto Euro alles anders machen sollte, die aber selbst keine wirklichen Lösungen haben. Genauso ärgert es mich, dass in Zeiten, in denen es gut läuft, weite Teile der Finanzbranche erklären, die Politik solle sich raushalten, weil Politiker die Komplexität der Finanzwelt nicht überschauen würden. Und jetzt, da sie selbst wahrscheinlich wenig Rat wissen, können sie nicht laut genug nach der Politik schreien und ihre Forderungen nach schnellstmöglichem Handeln herausposaunen. So geht es nicht! Und noch etwas: Es war Rot-Grün, die damals den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht hat und wider besseren Wissens Griechenland in den Euro Raum aufgenommen haben – auch wenn sie sich daran jetzt nicht mehr erinnern wollen! Es ist nun unsere Aufgabe, den Euro mit den zu beschließenden Hilfsmaßnahmen zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass grundlegende Reformen in Europa durchgesetzt werden. Die Zeit des maßlosen Schuldenmachens muss ein für alle Mal zu Ende sein, denn die unverantwortliche Schuldenpolitik einiger Länder im Euro – Raum ist der Hauptgrund für die derzeitige Krise. Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land - unserer gemeinsamen Währung haben wir viel zu verdanken. Um es mit den Worten unserer Kanzlerin zu sagen: „Der Euro ist viel, viel mehr als nur eine Währung. Er ist der Garant eines einigen Europas. Scheitert der Euro, scheitert auch Europa.“ Und das kann keiner wollen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns mit Hilfe unserer Fachleute gelingen wird, den richtigen Weg zu finden.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Mit herzlichen Grüßen

*Sabine Weiss*



### In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Eindrücke von den Philippinen
- Im Plenum
- Daten und Fakten
- Zu guter Letzt

Impressum:  
Sabine Weiss MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720  
Telefax: 030/227-76720  
E-Mail:  
sabine.weiss@bundestag.de

**Eindrücke von meiner Reise auf die Philippinen in diesem Sommer**



Regenzeit auf den Philippinen



unsere Schulkinder



Diskussion in Manila mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung und jungen Philippinischen Nachwuchspolitikern, die mitwirken möchten, eine christliche Partei auf den Philippinen zu gründen



Der kleine Emanuel, der während meines diesjährigen Aufenthaltes mit einer Deformation im Kiefer- und Gaumenbereich geboren wurde. Hier ist Hilfe erforderlich. Ich habe seiner Mutter versprochen, das Geld für die nötige Operation, die an ihm im Alter von ca. 6 Monaten vorgenommen werden muss, zu sammeln.

## Im Plenum

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2012 und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2015 beraten.

**Bundeshaushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung.** Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter erfolgreich vorantreibt. Beim Abbau der Neuverschuldung schreiten wir mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. € um rund 13 Mrd. € unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. € unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant.

Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. €. Dieser Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist.

Unser Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Den bis dahin noch langen Weg gehen wir mit dem Bundeshaushalt 2012 konsequent fort.

## Daten und Fakten

**Steigende Löhne - Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an.** Die wirtschaftliche Erholung schlägt sich inzwischen deutlich in den Tarifabschlüssen nieder. Hatten im vergangenen Jahr noch viele Tarifvertragsparteien aus Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen keine Berücksichtigung finden, lagen im ersten Halbjahr 2011 zahlreiche Tariferhöhungen bei drei Prozent und mehr. So erhielten die Beschäftigten in der Chemischen Industrie im Frühjahr eine Tarifierhebung um 4,1%. Im Bauhauptgewerbe wurde durch Schlichtung für den Westen eine Tarifierhebung um drei Prozent ab 1. Mai 2011 erzielt. Darüber hinaus wurde eine Stufenerhöhung von 2,3% ab 1. Juni 2012 beschlossen. Die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel sehen jeweils Tarifsteigerungen von drei Prozent im ersten Halbjahr 2011 und Stufenerhöhungen für 2012 vor. Im öffentlichen Dienst der Länder stiegen die Tarifverdienste ab 1. April 2011 um 1,5 % und werden ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9% sowie zusätzlich um einen Sockelbetrag von 17 Euro erhöht. Der zurzeit geltende Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden ist bereits seit Januar 2010 in Kraft. Er sieht eine Tarifierhebung um 0,6% ab 1. Januar 2011 und um 0,5% ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro vor. Auch die Tarifierhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie (2,7% ab 1. April 2011), im Bankgewerbe (1,6% ab 1. Januar 2011) sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (drei Prozent ab 1. Januar 2011) waren bereits 2010 vereinbart worden. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit.** Deutschland verzeichnet zum ersten Mal nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere für die Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Im August lebten 4,571 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte gemeinsam mit 1,725 Mio. nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (dies sind vor allem Kinder) in rund 3,4 Mio. Bedarfsgemeinschaften. Im August 2011 waren 9,7 Prozent der in Deutschland lebenden Personen unter 65 Jahren hilfebedürftig. Die Hilfe-Quote lag um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die hochgerechnete Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist damit im August erneut erkennbar zurückgegangen. Saisonbereinigt errechnet sich eine Abnahme um 36.000, nach jeweils -21.000 im Juli und Juni. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl der leistungsberechtigten Personen insgesamt um sechs Prozent (-389.000) auf 6,295 Mio. reduziert. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

**Arbeitsmarkt gefestigt.** Die Erwerbstätigkeit und die Erwerbslosigkeit in Deutschland entwickelten sich auch im Juli 2011 im Vorjahresvergleich weiter günstig. So lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit gut 41 Millionen Personen um über eine halbe Million höher als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juli 2011 2,58 Millionen Personen, das waren rund 300 000 weniger als im Juli 2010. Nach vorläufigen Ergebnissen der *Erwerbstätigenrechnung* stieg im Juli 2011 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 um 561 000 Personen oder 1,4 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 ging die Erwerbslosigkeit um 300 000 Personen beziehungsweise 10,4 % zurück. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse sank die Zahl der Erwerbslosen von Juni auf Juli 2011 um 20 000 auf 2,56 Millionen, was einem Rückgang von 0,8% entspricht. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli 2011 bei 6,1 % und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juli 2010 ist sie um 0,9 Prozentpunkte gesunken. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zu guter Letzt

Auch solche Briefe kommen hier an:

---

Frau  
Sabine Weiss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

15.08.2011

Sehr geehrte Frau Weiss,

zuerst möchte ich Ihnen herzlich für Ihren Einsatz danken, den Sie für uns alle tun.

Nachdem ich als Christ im privaten Leben oft die Erfahrung gemacht habe, dass Gott ehrliche Gebete hört und erhört, habe ich vor einiger Zeit angefangen, für die Verantwortlichen in unserem Land zu beten, dass sie gute Entscheidungen treffen.

Weil aber das Leben konkret ist, und Sie auch vor konkreten Aufgaben stehen, möchte ich Sie bitten – wenn es Ihnen recht ist – mir ein oder zwei Anliegen zu nennen, die Ihnen bei Ihrer Arbeit wichtig sind und für die ich beten darf. Seien Sie versichert, dass diese Angaben den Bereich des Gebets nicht verlassen werden.

Mit herzlichen Grüßen,

---

## Bericht aus dem Tagesspiegel vom 09.09.2011

### Die Moral der Papst-Gegner

**Die Linke will der Rede von Papst Benedikt XVI. Ende September im Deutschen Bundestag demonstrativ fernbleiben. Für Malte Lehming ein klarer Beleg: Linke hetzen über den Katholizismus kaum anders als Rechtspopulisten über den Islam.**

Wenn der Holländer Geert Wilders über den Islam redet, klingt das nicht nur ketzerisch, sondern ist es auch. Ob Terror oder Scharia, Kopftücher oder Moscheen, Homophobie oder Israelfeindschaft: Die Liste der Vorhaltungen, die Wilders den Muslimen macht, ist lang. Darum bekämpft er sie – und den Islam. In dasselbe Horn wie Wilders tuten seine Adepten, wie etwa der Kandidat der „Freiheit“ in Berlin, René Stadtkewitz.

Kritisiert werden sie dafür von vielen Menschen.

Besonders scharf fallen die Empörungsnote in Kreisen der Linkspartei aus. „Extrem rechte Parteien“ machten „Wahlkampf auf Kosten von in Deutschland lebenden Muslimen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, es werde „gegen den Islam gehetzt“, die „Angst vor Islamisierung geschürt“. In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wird die „steigende Islamophobie“ in der Bundesrepublik beklagt, wodurch der „öffentliche Frieden, das friedliche Zusammenleben der Menschen und das Grundrecht auf Religionsfreiheit“ in diesem Land gefährdet seien.

Nun dürfte es unstrittig sein, dass man nicht nur gegen den Islam hetzen kann, sondern auch gegen andere Religionen, den Buddhismus, den Konfuzianismus, das Judentum oder Christentum. Der höchste Vertreter des Christentums, Papst Benedikt XVI., besucht demnächst Berlin. Unter anderem wird er im Bundestag reden. Dieser Rede wollen rund die Hälfte der 76 Mitglieder der Linksfraktion demonstrativ fernbleiben und stattdessen gegen den Papst demonstrieren.

Zur Begründung heißt es in diversen Publikationen: Der Papst sei „das Staatsoberhaupt des einzigen explizit antidemokratischen Staates in Europa“, der Vatikan habe „eng mit den deutschen und italienischen Faschisten kooperiert“, die Glaubenskongregation im Vatikan, an deren Spitze Joseph Ratzinger lange Zeit stand, sei „die Nachfolgerin der Inquisition, die im Mittelalter für die Hexenverfolgung verantwortlich war“, die Moral der katholischen Kirche sei sexualfeindlich, frauenfeindlich und homophob, die Aussagen zur Aidsverhütung „verbrecherisch“.

Nein, da gibt's keinen Unterschied: Deutsche Linke hetzen über den Katholizismus kaum anders als Rechtspopulisten über den Islam. Ob Ulla Jelpke oder René Stadtkewitz, Andrej Hunko oder Geert Wilders – auf beiden Seiten findet sich dieselbe Lust an Beleidigung, Verachtung und am Hass. Wenn einer wie Stadtkewitz den öffentlichen Frieden stören und die Religionsfreiheit missachten sollte, dann steht er darin seinen Kritikern auf der Linken in nichts nach. Islamophobie und Katholizismus-Phobie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Nun ließe sich einwenden, die Islamophobie richte sich gegen eine Minderheit, die des besonderen Schutzes der Mehrheitsgesellschaft bedürfe. Doch ganz so einfach ist es nicht. In vielen Orten in Deutschland bilden Christen heute eine Minderheit. In Leipzig sind es zwölf Prozent, im Hamburger Stadtteil Veddel 15 Prozent. Auch in Berlin gibt es Gegenden, in denen inzwischen mehr Muslime als Christen leben. Religionskritik ist erlaubt. Sie aber auf linker Seite gegen den Katholizismus als geboten zu deklarieren, aber gleichzeitig die von rechts gegen den Islam zu verdammen – das zeugt von doppelter Moral.